



Tavannes, 20. April 2019

Erklärung der Konferenz der Mennoniten der Schweiz
an den Regierungsrat des Kantons Bern

Versöhnend die Wege zu einem Zusammenleben in Frieden suchen

Am 11. November 2017 bat der damalige Regierungsrat und Kirchendirektor des Kantons Bern, Christoph Neuhaus, die Gemeinschaft der Täufer "um Verzeihung für all das, was den Täuferinnen und Täufers in unserem Kanton zu Leide getan wurde." Er nahm dabei unter anderem Bezug auf die Täufermandate des 16.-18. Jahrhunderts und ihre Umsetzung im Kanton Bern. Als Nachfahren der angesprochenen Täufer und Täuferinnen nehmen die Mennoniten und Mennonitinnen der Schweiz diese Bitte mit grosser Dankbarkeit und Freude an und antworten: Ja, wir vergeben!

Damals wie heute stellen sich die Täufer und Täuferinnen, zusammen mit vielen anderen historischen Friedenskirchen, den Worten Jesu in der Bergpredigt als Kern der Nachfolge Jesu. Und so vertrauen wir darauf, dass auch die damals Verfolgten mit den heutigen Täufers und Täuferinnen einig gewesen wären, wenn wir heute auf diese Bitte um Verzeihung mit Vergebung antworten.

Und wir Mennoniten und Mennonitinnen bekennen, dass auch wir uns schuldig gemacht haben. Wir bekennen uns zur Schuld, dass die Suche nach Lebens- und Gemeinschaftsformen, die sich am Leben Jesu orientieren, in manchen Fällen auch zu selbstgefälliger Besserwisserei und ungerechtfertigten Ansprüchen moralischer Überlegenheit geführt haben. Nicht immer hat das Streben nach einem dem Evangelium Jesu Christi entsprechenden Leben auch nach dem guten Zusammenleben aller Menschen im Lande in Frieden gesucht. Mit dem Zuspruch von Vergebung verpflichten wir uns, die Auswirkungen einer nonkonformistischen Haltung in Vergangenheit und Gegenwart auch kritisch zu hinterfragen. Die Mennoniten und Mennonitinnen der Schweiz bemühen sich darum, in der Darstellung vergangener Konflikte problematische Aspekte der eigenen Haltung nicht zu verdecken, und Absichten und



Handlungsspielräume von damaligen Handlungsträgern möglichst wahrheitsgetreu darzustellen. Dies soll in keiner Weise die Achtung schmälern vor dem kostbaren Glaubenszeugnis der damaligen Täufer und Täuferinnen, noch vor dem hohen Preis, mit dem die damaligen Opfer des Gegeneinanders für ihre Glaubenstreue bezahlten.

Bitte um Verzeihung und Gewährung von Vergebung verpflichtet. So erklären die Mennoniten und Mennonitinnen der Schweiz heute gegenüber der Regierung des Kantons Bern: Wir suchen versöhnend die Wege, die zu einem Zusammenleben aller Menschen in unserem Land in Frieden führen.

Die Mennoniten und Mennonitinnen der Schweiz sind sich bewusst, dass diese Bitte auch für die reformierte Kirche im Kanton Bern von grosser Bedeutung ist, war diese doch durch die damalige enge Verbindung zwischen Kirche und Staat mit dem benannten Unrecht verflochten. Der heutige Schritt zur Versöhnung reiht sich ein in die offiziellen Versöhnungsschritte, die bisher auf kirchlicher Ebene stattfanden, kann nun aber auch die staatlichen Aspekte in den Blick nehmen.

Das Erschrecken über die damalige gewaltsame Unterdrückung nonkonformistischer Lebens- und Glaubenspraxis ist heute Zeichen, dass auch die Glaubens- und Religionsfreiheit dissidenter Gruppierungen vom Staat zu achten ist. Oft lassen sich solche Gruppierungen nicht leicht in die übergeordneten Ziele des Staates einordnen und hinterfragen manchmal auch das Selbstverständnis des Staates kritisch. In der Bitte um Verzeihung für vergangenes Unrecht nehmen wir auch ein Bekenntnis wahr, dass sich die Regierung bemüht, auf solche kritischen Anfragen zu hören und ihre Legitimität zu prüfen. Wir freuen uns darüber, wenn kritische Gesprächspartner in der Suche nach einem guten Zusammenleben aller in Frieden ernst genommen werden, und sie einbindet in das Gespräch, wie dieses gute Leben aussehen und gestaltet werden könnte.

Mit dem Blick auf unsere Geschichte bitten wir die Regierung darauf zu achten, dass in Gesetzgebungen, welche die Glaubens- und Religionsfreiheit einschränken, die Würde des einzelnen Menschen gewahrt wird; und dass sie sich dafür einsetzt, dass das Potential von Gemeinschaften nicht eingeschränkt wird, zu einem gesellschaftlichen Zusammenleben in Frieden beizutragen, welches sich am guten Leben für alle orientiert. Dazu gehört auch, dass sie die Räume achtet und schützt, in denen sich Religionen und Glaubensgemeinschaften – in je ihren eigenen spezifischen Formen und Funktionen – in den gesamtgesellschaftlichen Prozessen versöhnend und friedensfördernd einbringen.

Im Nachdenken über das heutige Verhältnis zwischen Kirche und Staat tragen die Mennoniten und Mennonitinnen der Schweiz der Pluralität der unterschiedlichen Wahrheitsorientierungen in unserer Gesellschaft Rechnung. Sie berücksichtigen und schätzen dabei auch die vielfältigen Möglichkeiten, sich in die Gestaltung des gesellschaftlichen Miteinanders einzubringen, für welche die heutige Staatsform Raum schafft und lässt.

Als kirchliche Gemeinschaft orientieren wir uns an einem Leben in der Nachfolge von Jesus Christus. Durch das erlösende und versöhnende Handeln Gottes in Jesus Christus sehen wir uns verpflichtet, uns dafür einzusetzen, dass der gerechte Frieden, den Gott bringt, in dieser Welt Gestalt gewinnt – sowohl in sozialen, wirtschaftlichen als auch ökologischen Dimensionen. Wir anerkennen, dass der Staat sein Wesen und seine Aufgaben nicht in derselben Weise in dieser Grundlage verankern kann. Aufgrund dieser

Unterschiede ist zu erwarten, dass sich die Beziehung zwischen Mennoniten und Mennonitinnen und staatlichen Organen auch in Zukunft nicht immer spannungsfrei gestalten wird. Wir möchten uns aber konstruktiv in die unterschiedlichen Gestaltungsprozesse einbringen und vermehrt auch danach fragen, wie wir die staatlichen Organe mit unseren spezifischen Kompetenzen als Friedenskirche unterstützen können.

Mit dieser Erklärung geben die Mennoniten und Mennonitinnen der Schweiz der Hoffnung Ausdruck, dass diese Schritte der Versöhnung kooperative Kräfte des Friedens und der Gerechtigkeit freisetzen, die unserem Lande zugutekommen und über seine Grenzen hinaus wirken werden.

Lukas Amstutz, Co-Präsident KMS

Christian Sollberger, Co-Präsident CMS

Jürg Bräker, Generalsekretär KMS

Evangelische Mennoniten-Gemeinde (Alttäufer) Bern
Paul Gerber

Mennoniten-Gemeinde Brügg
Claudine Wyss

Église mennonite évangélique des Bulles
Cédric Geiser

Église Évangélique Mennonite de Courgenay
Rolf Amstutz

Alttäufergemeinde (Mennoniten) La Chaux-d'Abel
Valérie Oppliger

Alttäufergemeinde Emmental (Mennoniten)
Hans Jutzi

Evangelische Mennonitengemeinde Kleintal
Frank Loosli

Evangelische Mennonitengemeinde Schänzli, MuttENZ
Karl Martin

Evangelische Mennonitengemeinde Sonnenberg
Nelly Gerber-Geiser

Église Évangélique Mennonite Tavannes
Ernest Geiser

Église Évangélique Mennonite de la Vallée de Delémont
Florian Wenger

Église Évangélique Mennonite du Vallon de St-Imier
Luc Ummel